



Januar 2003

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Frankfurt am Main

DKP kandidiert zur Landtagswahl

Alternative zu Parteien des Sozialabbaus, des Krieges und des Rassismus wählen / Von Michael Beltz

Vor vier Jahren gewann Roland Koch mit einer primitiven ausländerfeindlichen Kampagne die Landtagswahl. Ist es richtig, seine Politik durch Stimmen für SPD und Grüne zu bekämpfen? Michael Beltz, Spitzenkandidat der DKP, meint: Am 2. Februar KommunistInnen wählen – und selbst aktiv werden!

Wir Kommunistinnen und Kommunisten wollen in diesem Wahlkampf Stimmen für die Liste der DKP erreichen. Viel mehr aber kämpfen wir für die Gewährleistung der Menschenrechte für alle: für das Recht auf Wohnung, Gesundheit, Bildung und Arbeit, keine Abschiebung vom Frankfurter Flughafen, keine Rasterfahndung an den Unis.

Wir setzen uns mit unseren geringen Kräften dafür ein, dass die Opfer dieses kapitalistischen Systems, die Armen, Arbeits- und Obdachlosen nicht weiter verfolgt und ausgrenzt werden.



Michael Beltz, Spitzenkandidat der DKP zur Landtagswahl

KRIEGSMACHT DEUTSCHLAND

Wir kämpfen gegen Kriege – ob Überfall auf Jugoslawien oder aktuell gegen den Irak: denn Krieg zerstört Leben und Lebensgrundlagen. Krieg ist laut Völkerrecht und Grundgesetz geächtet – auch wenn er als »Krieg gegen den Terror« oder »für Menschenrechte« deklariert wird.

Seit die SPD/Grüne-Bundesregierung im Amt ist, seit dem Überfall auf Jugoslawien ist Deutschland eine Krieg führende Macht, die sich gerade eben – sei es mit Truppen oder mit Spürpanzern – anschickt, den dritten Krieg seit 1999 mitzuführen. Gerhard Schröder brüstet sich, dass er diesen fundamentalen Wechsel der deutschen Politik durchsetzen können. Und richtig, eine CDU-geführte Regierung wäre auf den geballten Widerstand der Gewerkschaften und vieler Grüner gestoßen, die jetzt nur noch »Kröten schlucken«.

AUCH IM INNERN: KRIEG GEGEN DIE SCHWACHEN

Und Krieg braucht Geld und macht die Kassen noch leerer, in denen aufgrund fortwährender Senkung von Unternehmenssteuern bereits chronische Ebbe herrscht.

Auch hier hat die SPD/Grüne-Bundesregierung die Politik der vorherigen Regierungen im Interesse der Groß- und Rüstungsindustrie sowie der Banken nicht nur fortgesetzt, sondern neue Maßstäbe gesetzt. Der Abbau sozialer Rechte, der seit Beginn der 80er Jahre betrieben wird, mündet jetzt in eine Zerschlagung des Systems der Sozialversicherung. Der privaten Riester-Rente soll die Teilprivatisierung des Gesundheitswesens folgen; die Hartz-Gesetze machen Arbeitslose zu SozialhilfeempfängerInnen und ZwangsarbeiterInnen; die Rürup-Kommission soll diesen Abbau komplett machen. Ganz im Sinne von Roland Koch, der von seinem Besuch in Wisconsin voll des Lobes über die dortigen Zwangsmaßnahmen gegen die sozial Schwächsten zurückkam und sie auch hier einführen will. Die damit programmierten Probleme will Koch dann mit mehr Polizei und Knästen lösen.

INHALT

Ladenschluss: Nur die Kaufhauskonzerne profitieren	SEITE 2
Kriegsvorbereitungen rollen über den Rhein-Main-Flughafen	SEITE 2
FR entlässt Personal	SEITE 3
Frankfurt von unten: Die Frankfurter Rundschau	SEITE 3
Kolumne: Flache Hierarchien, flaches Hirn	SEITE 4
Streik im öffentlichen Dienst: Ja dürfen die denn das?	SEITE 4

fängerInnen und ZwangsarbeiterInnen; die Rürup-Kommission soll diesen Abbau komplett machen. Ganz im Sinne von Roland Koch, der von seinem Besuch in Wisconsin voll des Lobes über die dortigen Zwangsmaßnahmen gegen die sozial Schwächsten zurückkam und sie auch hier einführen will. Die damit programmierten Probleme will Koch dann mit mehr Polizei und Knästen lösen.

CDU, SPD, FDP, GRÜNE: PARTEIEN DES KAPITALS

SPD und Grüne sind keine Alternative zu CDU und FDP – weder in Berlin noch in Wiesbaden. Bei kleinen Differenzen z. B. in der Bildungs- und Familienpolitik sind beide Blöcke Parteien des Kapitals.

Fortsetzung auf Seite 2

Am 2. Februar



DKP
Liste 9

LADENSCHLUSS

Nur die Kaufhauskonzerne profitieren

Erneut wurde das Ladenschlussgesetz im Dezember 2002 geändert. Ab Frühjahr 2003 sollen Geschäfte auch samstags bis 20 Uhr geöffnet sein. Auf Druck der großen Kaufhausketten im Einzelhandel hat die Bundesregierung die Vorlage noch im Dezember 2002 verabschiedet.

Als Argument dient der schlechte Umsatz im Einzelhandel. Man hofft, durch längere Öffnungszeiten würden die Leute mehr Geld ausgeben. Doch diese Hoffnung hat sich bereits bei der letzten Änderung des Ladenschlussgesetzes als Trugschluss erwiesen. Auch das damals noch angeführte Argument, längere Öffnungszeiten brächten mehr Beschäftigung, hat sich als Seifenblase herausgestellt, die ganz schnell zerplatzte. Im Gegenteil: Im Einzelhandel wurde weiter rationalisiert. Damit wurden tausende von Arbeitsplätzen vernichtet.

Wem bringt diese Änderung was?

Den Beschäftigten ein noch kürzeres Wochenende. Gerade im Einzelhandel sind viele Frauen beschäftigt, die Zeit, die diese gemeinsam mit ihren Familien verbringen können, wird noch kürzer.

Die kleinen Einzelhändler insbesondere in den Stadtteilen werden weiter zwischen 13 und 14 Uhr schließen, weil sich schon die letzte Änderung für sie nicht rentiert hat. Viele mussten inzwischen ganz aufgeben.

Die Einzigen, denen die längeren Öffnungszeiten etwas bringen, sind die großen Kaufhauskonzerne in den Innenstädten und in den Einkaufszentren, die mit viel Fläche und wenigen Beschäftigten noch mehr Umsätze erzielen wollen. Auf der Strecke bleiben die kleinen Einzelhändler, die in diesem Konkurrenzkampf nicht mithalten können, und auf lange Sicht auch der Verbraucher, dem nur noch wenige Konzerne die Preise diktieren können. ■

Wer den Reichen nichts nimmt,
kann den Armen nichts geben

...die linke Antwort

Bildung statt Bomben
Kein Krieg für Öl
Weg mit der US-Air Base
Keine Flughafenerweiterung

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Fortsetzung von Seite 1

Sie alle befürworten: Krieg, Sozialabbau, Zwangsarbeit und ein Instrumentarium, das es möglich macht, alle demokratischen Rechte aufzuheben, sobald es nötig ist. Das soll zur »Terrorbekämpfung« möglich sein – es kann aber auch jederzeit eingesetzt werden, wenn die Menschen beginnen, sich gegen dieses ausbeuterische System zu wehren. In Hessen wird sich auch mit einer neuen Regierung nicht viel ändern.

Es wird sich auch mit der Wahl der DKP nichts ändern. Dennoch werben wir um

Wählerstimmen, um deutlich zu machen: So darf es nicht weitergehen. Schluss mit Krieg und Ausplünderung der arbeitenden Menschen und der Arbeitslosen.

Die DKP als zurzeit kleine Partei braucht mehr Mitglieder, um sich noch besser als Alternative gegen dieses System einsetzen zu können.

Deshalb: Steht auf und vertretet eure Interessen! Kämpft dafür! Und wählt DKP, die Alternative zu Profitgier und Ausbeutung, damit die Reichen nicht immer reicher und die Armen nicht immer mehr werden. ■

Kriegsvorbereitungen rollen über den Rhein-Main-Flughafen

Seit Monaten ist Hochbetrieb auf der US-Airbase in Frankfurt. Tag und Nacht dröhnen die großen und lauten *Galaxy* und *Globemaster III*. JedeR weiß es: Die USA bereiten neue Kriegsabenteuer vor, und die Rhein-Main-Airbase hat eine »strategische Schlüsselstellung«. Was macht es da schon, wenn nachts eine ganze Region aus dem Schlaf gerissen wird?

Es gibt keine Auskünfte über die Ladung der Flugzeuge. Klar ist jedoch: Die mili-

Staats- und Völkerrechtler mahnen: Wer bei einem Angriffskrieg die USA unterstützt, begeht Verfassungsbruch! Nach dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut beschränken sich die uneingeschränkten Nutzungsrechte auf den Verteidigungsfall und auf UN-Missionen. Beide Varianten sind bei einem Krieg gegen den Irak nicht gegeben.

Wir fordern: Keine Überflugrechte für US-Militärflugzeuge! Weg mit der Rhein-Main-Airbase! ■



*»Hessen bekennt sich zu Frieden,
Freiheit und Völkerverständigung.
Der Krieg ist geächtet.*

*Jede Handlung, die mit der
Absicht vorgenommen wird, einen
Krieg vorzubereiten, ist
verfassungswidrig.«*

*Verfassung des Landes Hessen,
Artikel 69*

tärische Nutzung des Rhein-Main-Flughafens besteht in Transporten von Militärgütern und der zeitweisen Stationierung von Tankflugzeugen. Diese führen z. B. beim Start bis zu 90 Tonnen Kerosin als Last zusätzlich zum eigenen Treibstoff mit sich.

Viele fragen sich: Was ist das »Nein« der Bundesregierung zu einem Krieg gegen den Irak wert, wenn nicht dem US-Militär die Nutzung der US-Stützpunkte in Deutschland und des deutschen Luftraums verweigert wird? Ohne Nutzung der US-Militärbasen in Deutschland würden die Vorbereitungen zu einem Krieg ins Stocken geraten.

IMPRESSUM

Herausgeber:

DKP

Deutsche Kommunistische Partei
Kreisvorstand Frankfurt
Hansteinstraße 4, 60318 Frankfurt
<http://www.dkp-frankfurt.de>
E-Mail: info@dkp-frankfurt.de
V. i. S. d. P.: Brunhilde Freyzeisen
Layout: Henning Böke
Druck: Top Offset

»Frankfurter Rundschau« entlässt Personal

Der »letzte sozialistische Betrieb Deutschlands« wird vom Kapitalismus eingeholt

Die *Frankfurter Rundschau*, politisch als linksliberal und gewerkschaftsfreundlich geltend – was allerdings sehr relativ zu sehen ist –, hat lange Zeit Wert darauf gelegt, auch in ihrer eigenen Betriebsorganisation soziale Belange zu berücksichtigen. Jetzt kam es erstmals in der Geschichte des Druck- und Verlagshauses zu betriebsbedingten Kündigungen.

Eine starke gewerkschaftliche Vertretung, enge Zusammenarbeit von Geschäftsleitung und Betriebsrat, großzügige Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen und Arbeitsplätze, die als so sicher galten wie ein Beamtenverhältnis, ließen das Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Verlag der *Frankfurter Rundschau*, noch in den 90er Jahren in dem Ruf stehen, der »letzte sozialistische Betrieb Deutschlands« zu sein. Die Branchenkrise der Presse hat indes die *FR* besonders heftig erfasst.

Neben konjunkturellen Gründen wie dem rapiden Rückgang des Anzeigengeschäfts tragen auch »hausgemachte« Ursachen wie der Fehlschlag der vor zwei Jahren anstelle der »grünen« Abendausgabe auf den Markt gebrachten »City-Rundschau« zur prekären Lage der *FR* bei. Seit Anfang 2002 werden die Löhne und Gehälter durchweg aus Krediten bezahlt – was die Geschäftsleitung nicht daran hinderte, sich selbst und den Führungskräften ein »Maigeld« zu genehmigen –, die Banken forderten als

Bedingung für eine weitere Unterstützung die Erarbeitung eines Sanierungsplans mit Reduzierung der Personalkosten.

So wurden bereits Ende August 53 betriebsbedingte Kündigungen ausgespro-



Leider nicht aktuell: Schlagzeile aus der *Frankfurter Rundschau* vom 7. Dezember 1945

chen, weitere sind in den letzten Wochen gefolgt. Immerhin rollten auch in der Geschäftsleitung Köpfe, bloß brauchen die Herren sich weniger Sorgen um ihre Zukunft zu machen als die entlassenen ArbeiterInnen und Angestellten.

UMSTRUKTURIERUNG IM GANGE

Auf einer Betriebsversammlung am 21. Oktober 2002 erklärte der neue Chefredakteur Dr. Wolfgang Storz, er wolle das linksliberale Profil der *FR* als »Markenzeichen« beibehalten und ausbauen.

Betriebsintern geht die Entwicklung in

die entgegengesetzte Richtung. Dabei sind die momentanen Umstrukturierungs- und Sparmaßnahmen nur ein Vorwand für eine Verschärfung der Arbeitsbedingungen, die in den Chefetagen schon seit langem geplant wurde. Beispielsweise wurde die alte Druckvorstufentechnik, traditionell wehrhaft und durch gewerkschaftlichen Kollektivgeist geprägt, zerschlagen und die Anzeigenabteilung in »Teams« umorganisiert, die nach dem Willen der Verantwortlichen in Konkurrenz zueinander arbeiten sollen. Für »Team-Trainings-Seminare«, die die kooperativen Leistungen der MitarbeiterInnen optimieren sollen, ist komischerweise Geld da, die

KollegInnen werden mit massiven Drohungen zur »freiwilligen« Teilnahme an solchen Umerziehungsveranstaltungen gedrängt.

Der sozialdemokratische Arbeiteraristokratie-Musterbetrieb ist im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts angekommen. ■

HOFFUNGSVOLLER ANFANG, DANN ZENSUR, ANPASSUNG, AUSVERKAUF

»Eine Zeitung hatten wir geschaffen, in der das journalistische Berufsethos allein maßgebend sein sollte, ohne Gewinninteressen von Verlag und Verleger. Eine Zeitung, in der das paritätische Mitbestimmungsrecht aller Arbeitenden, der Journalisten wie der Kolleginnen und Kollegen der Technik und des Vertriebs, gesichert war. Eine Zeitung, die – auch gegen die Intentionen der Herrschenden (ob es nun Amerikaner oder Deutsche waren) – den Kampf führte für ein demokratisches, antifaschistisches Deutschland, für eine einig, friedliche Welt, für die Koalition der Vernunft, wie sie siegreich aus dem Krieg hervorgegangen war.

Der Ukas eines Generals, das Millonengeschenk an zwei willfähige Männer zerschlugen die Anfänge. Aus dem Kampf gegen Reaktion und Faschismus wurde schließlich die Hereinnahme der Druckaufträge für Produkte des Axel Cäsar Springer. Man passte sich an ...«

Emil Carlebach in seinem Buch *Zensur ohne Schere. Die Gründerjahre der »Frankfurter Rundschau« 1945/47* (Röderberg Verlag 1985)

FRANKFURT VON UNTEN (2)

Die Frankfurter Rundschau

Die *Frankfurter Rundschau* wurde 1945 als erste deutsche Zeitung in der amerikanischen Besatzungszone zugelassen. Ihre Gründer waren Antifaschisten, darunter der Kommunist Emil



US-General McClure mit den Lizenzträgern der *FR* am 31. Juli 1945. Rechts Emil Carlebach (1914–2001)

Carlebach, die zu einem demokratischen Neuanfang beitragen wollten. Christen, Sozialdemokraten und Kommunisten einte das Wissen darum, dass das Großkapital Hitler zur Macht verholfen hat, und das Ziel, eine Gesellschaft aufzubauen, die das unmöglich macht. 1947 entzog jedoch die US-Mi-

litäradministration Carlebach und anderen Kommunisten die Lizenz und übereignete die *FR* den anpassungswilligen Lizenzträgern, die zwar eine sozial-liberale Linie beibehielten, jedoch keine Skrupel hatten, mit dem Druck von Springer-Blättern in der *FR*-Druckerei Geld zu verdienen. ■

DIE KOLUMNE

Flache Hierarchien, flaches Hirn

Wer einen Job sucht, kommt heute kaum noch daran vorbei, sich Verhöhnungen antun zu lassen wie »Sie arbeiten gerne in einem jungen und dynamischen Team?«. Nicht nur, dass es »jung und dynamisch« sein muss, man soll auch noch so tun, als ob man für sich genommen ziemlich uninteressanten, von uns allen nur des Gelderwerbs wegen ausgeübten Tätigkeiten »gerne« nachgeht.

Der Grund für die Verbreitung der »Teamarbeit« in Kleinstgruppen besteht darin, dass ihre »flachen Hierarchien« die Ausbeutung der Arbeitskraft effizienter machen. An die Stelle der schwerfälligen Lenkung des Arbeitsprozesses von oben tritt eine Form scheinbarer »Selbstorganisation«, in der die Beschäftigten einerseits mehr Möglichkeiten zu eigener Entscheidung erhalten, andererseits aber höhere Verantwortung tragen. Wer bei Personalausfällen durch Urlaub oder Krankheit nicht »freiwillig« Überstunden macht und die eigene Arbeitszeit flexibilisiert, gilt als »nicht teamfähig«.

Nicht bloß manuelle Arbeitskraft und fachliche Qualifikation, sondern soziale Kompetenzen, kooperative Fähigkeiten werden der Kapitalverwertung unterworfen. Der ganze Mensch wird zum Objekt der Ausbeutung. Nachzulesen etwa bei der Firma ML-spectrum GmbH in Hanau (www.trainings-spectrum.de), die Teamarbeits-Trainingsseminare anbietet: »Die Trainings arbeiten auf der Ebene des Verhaltens, der Fähigkeiten und auf der Ebene der inneren Einstellungen, Überzeugungen und der Persönlichkeit.«

Aussortiert werden damit die Unangepassten, deren innere Einstellungen die Überzeugung beinhalten, dass ein Leben ohne den Druck des Wettbewerbs um Marktanteile und Dividenden, ohne den Zwang, sich unterm privaten Kommando über die gesellschaftliche Arbeit krumm zu legen, besser wäre, als den Unternehmensgewinnen zuliebe den Teamarbeits-Clown zu spielen. Die »flachen Hierarchien« verlangen das von jedem kritischen Gedanken gesäuberte flache Hirn.

Wo Selbstverarschung zum wesentlichen Erfolgskriterium auf dem Arbeitsmarkt wird, ist es höchste Zeit, diesen abzuschaffen. Nähmen wir die von uns verlangte Selbstorganisation ernst, so liefe es darauf hinaus, dass wir unsere kooperativen Fähigkeiten für die eigenen Zwecke statt für die des Kapitals nutzen. Auf der Tagesordnung stünde dann das Ende der Lohnarbeit, die freie Assoziation der ProduzentInnen. HENNING BÖKE

STREIK IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Ja dürfen die denn das?

Bei Redaktionsschluss ist noch unklar, ob es im öffentlichen Dienst zu einem Streik kommen wird. Aber einen Vorgeschmack darauf, wie es sein könnte, haben die Warnstreiks ja bereits gegeben.

Keine Straßenbahnen, keine Busse, der Müll bleibt liegen, die Mülltonnen quellen über. So oder ähnlich wird es sein. Und warum?

Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst fordern mindestens 3 Prozent Lohn- beziehungsweise Gehaltserhöhung. Sie fordern das, was in anderen Tarifbereichen an Lohnerhöhungen herauskam, um nicht ganz den Anschluss an das Gehaltsgefüge zu verlieren. Die Arbeitgeber legen seit Monaten kein Angebot vor. Am liebsten hätten sie noch, dass die KollegInnen auf Teile ihres Geldes verzichten.

Das Argument: »Die Kassen sind leer.« Zugegeben, die öffentlichen Haushalte sind tatsächlich in einer schwierigen Lage. Die Steuerreform der Bundesregierung hat nämlich dazu geführt, dass insbesondere die großen Steuerzahler plötzlich sogar Geld aus den öffentlichen Kassen zurückerstattet bekommen müssen, statt Steuern zu zahlen.

Doch ist das das Problem der Kolleginnen und Kollegen? Sie machen Tag für Tag ihre Arbeit. Sie fahren uns täglich zur Arbeit, sie entsorgen unseren Müll, sie betreuen unsere Kinder in den Kindertagesstätten. Sie verkaufen also ihre Arbeitskraft, damit dieses Gemeinwesen funktionieren kann. Dafür steht ihnen Lohn zu. Ein Lohn, der bemessen wird an dem, was sie zur Regeneration ihrer Arbeitskraft benötigen. Damit sie ihre Miete zahlen können, genügend zu essen haben und ihren Kindern Möglichkeiten zur Bildung bieten können. Sie zahlen genauso Steuern wie alle anderen ArbeitnehmerInnen. Sie werden genau wie alle anderen

durch die Erhöhung von Krankenkassen- und Rentenbeiträgen belastet. Sie haben genauso immer weniger in der Tasche wie alle anderen ArbeiterInnen und Angestellten.

Um die Arbeitgeber zu einem vernünftigen Angebot zu zwingen, bleibt ihnen also, wie allen anderen ArbeitnehmerInnen, nureins: Von ihrem Streikrecht Gebrauch zu machen!

Dies sollten wir bedenken, wenn es im Januar tatsächlich zu einem Streik kommen sollte. Seien wir solidarisch mit den Kolleginnen und Kollegen. Gehen wir doch mal zum Streiklokal und reden zum Beispiel mit den Müllwerkern oder Straßenbahnfahrern z. B. über ihre Arbeitsbedingungen und ihren Lohn.



München, 10. Dezember 2002
Demonstration von
Beschäftigten des
öffentlichen Dienstes



Denken wir daran: Nicht die Kolleginnen und Kollegen wollen den Streik, er wird ihnen

von den Arbeitgebern aufgezwungen. Von denen, die mit ihrer Steuerpolitik den Großen Geldgeschenke in Milliardenhöhe gemacht haben und dies nun bei den Kleinen wieder einsparen wollen.

Ein Tipp noch: Die Autorin erinnert sich noch an den Streik im öffentlichen Dienst im Jahr 1974, wo Autofahrer einen roten Punkt in ihr Auto hängten und damit signalisierten, dass sie PendlerInnen mitnehmen. Das war Solidarität mit denen, die auf den Nahverkehr angewiesen sind, weil sie kein Auto haben, und gleichzeitig Solidarität mit den Streikenden. Statt auf die Kolleginnen und Kollegen zu schimpfen, sollten wir uns gegenseitig helfen und gleichzeitig Druck auf die öffentlichen Arbeitgeber ausüben, dass sie endlich ein vernünftiges Angebot machen. bl

- Ich möchte mehr Informationen über die DKP
- Ich möchte probeweise die UZ, Wochenzeitung der DKP, lesen
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Ich möchte Mitglied der DKP werden
Bitte ausschneiden und einsenden an

DKP

Deutsche Kommunistische Partei
Kreis Frankfurt
Hansteinstr. 4 · 60318 Frankfurt a. M.
Spenden an: Konto 1940 27-603,
Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60